rote garde

Die Zeitschrift der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an
1205 Wien, Fach 3

Vorsicht, bissig!

Hunde, die bellen, beißen nicht. Sagt ein altes Sprichwort. Leider trifft das aber nicht auf die hohe Obrigkeit zu, denn die bellt zwar, sobald sie die „rote garde" sieht – aber sie beißt auch. Sie beißt und versucht uns das Blut – äh, das Geld aus den Adern zu saugen. Denn sie weiß, daß wir ideologisch stark, jedoch finanziell schwach sind (weil wir die „rote garde" in unbezahlter Freizeitarbeit und mittels mühsam zusammengekratzter Arbeitergroschen herstellen). Sie weiß, daß uns jeder Hunderter weh tut, den wir an Pressepolizei oder Gericht als Strafe zahlen müssen. Und um uns finanziell umzubringen, laufen sogar die persönlichen Freunde des Bundeskanzlers zum Kadi. Doch die hohe Obrigkeit wird sich an uns trotzdem die Zähne ausbeißen.





Außerdem beißen wir zurück. Mit Informationen für unsere Leser. (Nicht nur über die BAWAG.) Mit Informationen, die in der gleichgeschalteten österreichischen Presse sonst nicht zu finden sind. Denn in unserem ach so demokratischen Wohlfahrtsstaat läßt man vorsorglich jede Nachricht unter den Tisch fallen, die nicht nach „Vurschrift" ist, egal, ob es sich um Ereignisse in Indochina handelt oder um Bestechungsversuche an österreichischen Betriebsräten.

Helfen Sie uns. Mit einem Abonnement der „roten garde" (Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 24,–). Sie stärken uns damit den Rücken, und Sie selbst erfahren einiges, was Sie in den Tageszeitungen bestimmt nicht finden. Wenn Sie ein kostenloses Probeexemplar oder ein Abonnement bestellen wollen, dann schreiben Sie bitte an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3.

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 30 · Mai 1972

Solidarität mit dem kämpfenden Vietnam

USAF

Die Völker Indochinas werden siegen



1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiterklasse, der Tag der Solidarität der Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker. Der Beschluß,diesen Tag zum internationalen Kampftag zu machen,symbolisierte die Entschlossenheit der arbeitenden Menschen, gegen Ausbeutung, Willkür und Unterdrückung durch die herrschende Kapitalisten-Klasse zu kämpfen.

Im Jahre 1890 wurde in Wien zum ersten Male eine Mai-Demonstration der Arbeiter durchgeführt. Über 100.000 Teilnehmer erhoben dabei die Forderung nach Einführung des Acht-Stunden-Tages.Trotz stärksten Widerstandes der herrschenden Klasse,bewies das österreichische Proletariat hohes Klassenbewußtsein, das zeigten Umfang und revolutionärer Inhalt der folgenden Mai-Demonstrationen. Zu Recht zählte zu dieser Zeit die österreichische Arbeiterbewegung zur Spitze des europäischen Proletariats. Demonstrationen und mächtige Streikbewegungen führten damals unter anderem zur Aufhebung des Ausnahme-und Anarchistengesetzes und der Einführung des Acht-Stunden-Tages.

Heute zeigt sich ein anderes Bild. Die verräterischen Führer der sogenannten Arbeiterparteien SPÖ und "K"PÖ haben auch den Mai-Demonstrationen den ursprünglichen revolutionären Inhalt genommen. Mit der Fortführung der 1.Mai – Tradition wollen sie die Tatsachen ihres vollzogenen Verrats der Arbeiterinteressen verdecken.Hinter dieser Tradition wollen Kreisky und seine Mannen ihr wahres Wesen als bürokratische Kapitalisten verstecken. Genauso wie Muhri, Scharf und Konsorten am 1.Mai hinter revolutionären Phrasen ihre Rolle als für die Herrschaft der Kapitalisten ungefährliches Auffangbecken unzufriedener Arbeiter und Jugendlicher.

Und sie gehen wahrhaft geschickt dabei vor, diese Herrschaften.Denn die in sentimentalen Erinnerungen an frühere Schutzbundzeiten schwelgenden ehrlichen,älteren SP-Genossen sind so nicht nur von den bitteren Erfahrungen der heutigen Wirklichkeit und ihren enormen Preissteigerungen, verstärkter Antreiberei usw. abzulenken, sondern indem man ihre vorbildliche "Parteitreue lobt, werden sie als Verteidiger der Parteiführung gegen rebellische SPÖ-Jugendliche in die Diskussionsschlacht geschickt. Und bei der "K"PÖ ist es nicht anders. "Herz" und "Liebe" zur "Partei" und zur "Sowjetunion" sollen vom Studium des Marxismus-Leninismus abhalten."Prüfen wir nicht die Politik, sondern schauen wir, daß wir am 1.Mai stark sind" heißt die Parole.

Trotzdem wird am 1.Mai sozusagen aus der Not nur noch eine Tugend gemacht. Obwohl man es am liebsten täte, kann man die Demonstration noch nicht in eine Feier umwandeln, etwa bei Wein, Weib und Gesang. Da weiß der SP-Parteivorstand über die Stimmung der Mitglieder genug Bescheid. Da wird noch Feuer am Dach befürchtet und womöglich stürzt dann das ganze Betrugs- und Lügengebäude zusammen, das aufgebaut wurde, um den Verrat zu kaschieren. Und so ließ man als Versuchsballon für's erste einmal eine Diskussion über die "Veränderung der Gestaltung des 1.Mai" starten.

Der Zweck liegt auf der Hand. Das Interesse an der Mai-Demonstration soll eingeschläfert werden und damit jede Erinnerung an die Art,wie einzig und allein die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen konnten. Nur allzu leicht könnte nämlich der revolutionäre Funke überspringen und die Arbeiterklasse sich ihrer Kraft bewußt werden. Dann ist es aber vorbei mit Sozialpartnerschafts-und Mitbestimmungstheorien, dann gibt es wieder den Kampf in den Betrieben, den die herrschenden Kreise so sehr fürchten, weil sie machtlos dagegen sind.

Insgesamt gesehen dokumentiert sich darin aber nur ihre Schwäche. Für uns Marxisten-Leninisten ist klar, daß es immer weniger gelingen wird, die arbeitenden Menschen unseres Landes in ein Netz von Lügen und Betrügereien zu sperren und in der Willkür der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verkommen zu lassen. Die Hauptströmung in der Welt ist heute die Revolution und von ihr bleibt Österreich nicht ausgenommen. Dafür gibt es sichere Anzeichen, mögen da pseudorevolutionäre Phrasendrescher die österreichische Arbeiterklasse noch so abfällig einschätzen.

Darum stellen wir den Alibidemonstrationen unsere revolutionäre Kundgebung entgegen. Wenn wir vorläufig noch schwach sind, wissen wir genau, daß letzten Endes die gerechte Sache siegen wird.Das ist die Sache des arbeitenden Volkes, deren Kämpfer und Diener wir sind.

Die gleiche Sprache

Lütgendorfs Rede vor Jugendrichtern hat neuerlich mit voller Deutlichkeit gezeigt, was wirklich hinter den"modernen Ideen" der SP-Regierung steht. Die Charakterisierung der Jugend als "verspielt, unselbständig, oberflächlich bis schlampig und faul", durch einen der "vielen ernst denkenden Männer der freien Welt" (Lütgendorf über Lütgendorf)- könnte nur höhnisches Gelächter hervorrufen,wenn nicht...

Ja, wenn nicht darin all das sichtbar wird, was für die kapitalistische Herrschaft in Österreich typisch ist. Vorerst erscheint die Frage nicht unberechtigt, aus welchen Gründen Jugendrichter einen so sattsam bekannten Mann einluden. Doch nicht deshalb, weil Armee und Justiz gleichermaßen Werkzeuge zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung sind. Oder doch? Zumindest deutet die Tatsache, daß der Jugendgerichtshof Wien die Lütgendorf-Rede im Selbstverlag erscheinen ließ und der angeblich so fortschrittliche Justizminister Broda im Vorwort den Wunsch nach einer "weiten Verbreitung und verdienten Beachtung" der Broschüre zum Ausdruck brachte, wie sehr Lütgendorf diesen Herrschaften aus der Seele gesprochen hat.

Selbst der Regierungschef,der sich an das Motto hält,den Menschen sei die Sprache deshalb gegeben, um ihre Absichten zu verbergen, denunziert im "Spiegel" alle, die den Kapitalisten nicht dienen wollen, als "bequem". Wenn sich auch der diplomatische Ton Kreiskys von dem rüden Landsknechtsgeschrei seines Ministers unterscheidet, politisch besteht nicht der geringste Unterschied. Sie sind eben ein Team,von dem die arbeitende Jugend nichts, die Parasiten und Schmarotzer alles zu erwarten haben!



Die gleiche Sprache

Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften

Ein teures Märchen für Erwachsene

In Österreich werden offizielle Stellen nie müde, die großartige "Sozialpolitik" und den noch großartigeren Wohlfahrtsstaat herauszustreichen. Wenn es nach der Zahl und nicht nach dem tatsächlichem Charakter dieser sogenannten gemeinnützigen bzw. sozialen Einrichtungen ginge, hätten sie auch recht. Doch soll die Fassade des "Volkswohls" nur die kapitalistischen Machenschaften, nur das Hinüberleiten von Steuergeldern in die Taschen gerissener Geschäftemacher verbergen.

Da gibt es einen Bauverein "Neues Wohnen", der stolz im § 2 seiner Statuten als Existenzzweck"die Anschaffung billiger Wohnungen" verkündet. Gleichfalls existiert die "soziale" "Neue Wiener Wohnbauaktion".Weil beide so sozial waren, bestand ein sehr enges Nahverhältnis. Darüber hinaus entwickelte der Bauverein "Neues Wohnen" dank seiner "Konsulenten" eine über den § 2 seiner Statuten hinausgehende Tätigkeit. So erwarb er 1959 die Liegenschaft EZ.44o KG.Jedlesee um S 887.5oo,—, um sie im Jahre 1964 an die Gemeinde Wien um S 2.21o.ooo,— zu verkaufen. Bedauerlicherweise dient die Differenz von S 1.3oo.ooo,— nicht dem statutengemäßen Zweck, sondern ging für Zinsendienst,Provisionen, Anwaltshonorare etc. zur Gänze auf. Über S 4.2oo.ooo,— betrug die Differenz bei der Liegenschaft EZ. 325 KG. Ob. Sievering. Die aus Steuergeldern aufgebrachten Millionen flossen in die gleichen Kanäle. Bei dem Objekt in Wien 3., Jacquingasse 39, war der Gemeinnützige Verein so "sozial", eine Provision von S 1,6oo.ooo,— zu bezahlen.

"Dr.Wondre und Machek haben darüber hinaus auch von den beauftragten Baufirmen, Architekten, einigen Professionisten und verschiedenen Realitätenvermittlungsbüros beträchtliche Vermittlungsprovisionen bezogen.Durch alle diese Handlungen wurde die als sozial ge-



dachte Einrichtung der Neuen Wiener Wohnbauaktion,die finanziell schwächer gestellten Wohnungssuchenden zu billigen Wohnungen verhelfen sollte, in ihr Gegenteil verkehrt, weil die Wohnungswerber durch Anrechnung nicht erbrachter Leistungen unter dem Deckmantel von Liegenschaftspreisen,weiters belastet durch den daraufliegenden hohen Zinsendienst der Zetralsparkasse, nunmehr teure Wohnungen zu bezahlen haben". - Auszug aus einem Bericht der Finanzstrafbehörde.

Das hier Gesagte gilt im Prinzip für alle diese mit sozialem oder gemeinnützigem Anstrich versehenen kapitalistischen Schacherbuden. Mögen die Taschen wohin, und die Methoden, wie Millionen verschwinden, verschieden sein - Wen wundert, daß nach mehr als 1oo Jahren industrieller Bautätigkeit es in Österreich noch immer ein Wohnungsproblem gibt und immer geben wird, solange das kapitalistische System besteht. "Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst". (Friedrich Engels "Zur Wohnungsfrage").

Nur tote Zeugen schweigen

Handelt die italienische Polizei nach diesem bewährten Unterwelt-Rezept?

Unter dem Titel „Die Faschisten sind wieder aktiv: Bomben müssen knallen für den Sieg" veröffentlichten wir die nachfolgende Glosse bereits im Zentralorgan der VRA. Das war im Juli 1970. Aber das Thema ist noch immer aktuell, in Italien sogar aktueller denn je, und weil die Leserschaft unseres Zentralorgans mit den Lesern der „roten garde" ja nur zum Teil identisch ist, wiederholen wir die Glosse an dieser Stelle. Sie mag auch allen jenen, die sie bereits gelesen haben, zur Gedächtnisauffrischung dienen:

Am 12. Dezember 1969 explodierte in der Mailänder Landwirtschaftsbank eine Bombe. Vierzehn Menschen waren auf der Stelle tot, etwa hundert wurden zum Teil schwer verletzt. Daraufhin setzte sich ein gigantischer Polizeiapparat in Bewegung und tat das, was halt so zu den Spezialitäten eines Polizisten gehört — er tappte im dunkeln. Weil aber die Polizei von Steuergeldern lebt, deshalb muß sie dem Steuerzahler beweisen, wie tüchtig sie ist, und tüchtig fühlt sie sich wiederum nur dann, wenn sie möglichst rasch möglichst viele Leute festnehmen kann. Noch dazu bot sich hier Gelegenheit, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Also machte man sich mit Feuereifer auf die Jagd nach „Linksextremisten", vor allem auf Marxisten-Leninisten und Anarchisten. Ob verdächtig oder nicht, das war vorerst einmal wurscht, nur hinein in den Arrestantenwagen, gemma, gemma beziehungsweise allegro, allegro, wie italienische Polizisten möglicherweise sagen. Daß das Bombenbasteln im allgemeinen eine Liebhaberei rechtsextremer Kreise ist, das hatte sich bis zu den uniformierten Hexenjägern offenbar noch nicht herumgesprochen.

Nachdem man einige Hundert unschuldig Festgenommene stillschweigend wieder laufen lassen mußte, konzentrierten sich die polizeilichen Verhöre auf ein halbes Dutzend verhafteter Anarchisten. Einer davon, der Eisenbahner Pinelli, Vater von zwei Kindern, wurde in einem dreitägigen pausenlosen Kreuzverhör fertiggemacht. Am Ende des dritten Tages, genau um Mitternacht, war er zwar noch immer nicht zu einem Geständnis bereit, aber er tat der Polizei wenigstens den Gefallen, sich aus dem Fenster der Mailänder Quästur in den Tod zu stürzen — was von der hohen Obrigkeit zufrieden als eine Art Ersatz-Geständnis gewertet wurde. Ob der verzweifelte Pinelli allerdings freiwillig aus dem Fenster gesprungen ist oder ob er etwa hinausgesprungen wurde, das wissen nur die vier stämmigen Polizisten, die ihn bis zuletzt verhörten.

Ein anderer Verhafteter, der Hauptverdächtige Valpreda, behauptet nach wie vor, am Tag der Tat mit 38 Grad Fieber im Bett gelegen zu haben. Seine Tante bestätigt dieses Alibi. Aber kann man einer alten Tante Glauben schenken, wenn ihre Meinung mit der der Polizei nicht übereinstimmt? Was nun noch die paar übrigen Verhafteten betrifft, so hat sich peinlicherweise herausgestellt, daß es sich bei ihnen nur um „Anarchisten unter Anführungszeichen" handelt; sie gehörten bis vor kurzem nämlich noch rechtsradikalen Jugend- und Studentenorganisationen an, und einer von ihnen, der Neofaschist Mario Merlino, war im Mai '69 als Gast der griechischen Obristenregierung in Athen gewesen.

Womit sich der Kreis zu schließen beginnt. Denn gerade die Neofaschisten sind es, die mit Hinweisen auf die „maoistischen und anarchistischen Bombenattentate" dem italienischen Offizierskorps mehr oder weniger offen nahelegen, doch endlich einmal „Ordnung zu machen". Eine demokratische Ordnung, versteht sich. So wie in Griechenland.

Wie gesagt, das alles ist seit 2 Jahren bekannt. Nur der „Kurier", das informative Massenblatt, hat kein Wort davon gewußt. Darum erklärt er jetzt mit einer Verwunderung, die eines kontaktschwachen Klosterbruders würdig wäre, daß „der begründete Verdacht besteht, daß das Attentat . . . wahrscheinlich von Neofaschisten und nicht von dem seit 27 Monaten in Untersuchungshaft sitzenden linksgerichteten Pietro Valpreda verübt wurde".





Der Fall Valpreda stinkt indes ja wirklich schon sosehr zum Himmel, daß es selbst dem Riechorgan eines bürgerlichen Journalisten schwerfällt, ihn nicht zu bemerken. 1969 haben sich in Mailand und Umgebung mehrere Bombenattentate ereignet, die alle dieselbe Handschrift trugen. Zwei dieser Anschläge gehen eindeutig auf das Konto der Faschisten. Nur den dritten wollte man just „den Linken" unterschieben, und in einer Art Reichstagsbrandprozeß sollte der Anarchist Valpreda wohl die Rolle des Van der Lubbe spielen. Zum Leidwesen des Staatsanwalts spielt er jedoch nicht mit, sondern wehrt sich seiner Haut. Und es ist ein wahrer Segen für den Staatsanwalt, daß wenigstens einige Entlastungszeugen Valpredas auf mysteriöse Weise starben und somit nicht mehr lästig werden können. Sogar der Zeuge der Anklage, ein gewisser Rolandi, war anständig genug, sich hinzulegen und das Zeitliche zu segnen, bevor ihn im Gerichtssaal die Verteidigung sozusagen in der Luft zerreißen konnte. Denn wie sich inzwischen ergeben hat, erzählte Rolandi zwei grundverschiedene Versionen seiner Beobachtung: privat zugunsten des Angeklagten und vor der Polizei zugunsten des Staatsanwaltes.

Mittels juristischer Mätzchen wurde der Prozeß nun aufgeschoben, denn der italienische Wahlkampf soll nicht durch unangenehme Tatsachen gestört werden. Macht ja nix, wenn ein Unschuldiger ein weiteres Jahr lang hinter Gittern sitzt, Hauptsache, das Stimmvieh der etablierten Parteien wird durch keinen mißglückten Reichstagsbrandprozeß geschockt.

Die Frauen auf dem Datjing-Ölfeld nehmen an der Produktion teil

Von Kung Ye

Die Frauen in Datjing nehmen an der kollektiven Produktionsarbeit teil und sind eine wichtige Kraft beim Aufbau dieses modernen Ölfeldes geworden.

Das Datjing-Ölfeld wurde im Jahre 1960 erschlossen. Die Arbeiter haben entschlossen das große Prinzip des Vorsitzenden Mao verwirklicht, "die Unabhängigkeit zu wahren, die Initiative in den eigenen Händen zu behalten und sich auf die eigenen Kräfte zu stützen". Innerhalb von drei Jahren errichteten sie ein modernes Ölfeld. Viele Familienmitglieder der Kader und Arbeiter nahmen an der Ölförderung teil, aber die Mehrheit wurde in der landwirtschaftlichen Produktion oder in Nebenproduktionszweigen organisiert. Sie haben geholfen ein sozialistisches Ölfeld aufzubauen, das die Industrie mit der Landwirtschaft und die Stadt mit dem Land verbindet, das den Interessen der Produktion und des täglichen Lebens entspricht. In den vergangenen zwölf Jahren haben sie 20000 Hektar Brachland urbar gemacht und 215 000 Tonnen Getreide, 290 000 Tonnen Gemüse und Nebenprodukte erzeugt. Sie halfen den Arbeitern eine Anzahl von Arbeiter-Bauern - Dörfern zu errichten.

Die ersten Arbeiterfamilien kamen 1961 in Datjing an. Es war eine Zeit, in der China unter Naturkatastrophen und vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden hatte. Imperialismus, Revisionismus und Reaktion ergriffen die Gelegenheit eine antichinesische Stimmung zu schaffen, während der Renegat und versteckte Verräter Liu Schao-tschi und seine Bande dafür eintraten, die Industrieunternehmen weniger zu unterstützen. Der Klassenkampf war sehr scharf. Indem sie das große rote Banner der Mao-Tsetung-Ideen hochhielten und den revolutionären Geist harten Kampfes weiterentwickelten, waren die Ölarbeiter in Datjing, geführt vom "Eisernen Mann" Wang Djinhsi und bewaffnet mit den philosophischen Werken "Über den Widerspruch" und "Über die Praxis" des Vorsitzenden Mao, bestrebt, sobald als möglich Öl zu fördern. Die Frauen werden inspiriert und geloben an dem Unternehmen mitzuarbeiten und den Angriff der Klassenfeinde gemeinsam abzuwehren.

Hsüeh Gui-fang, eine Arbeiterfrau in den späten Vierzigern, und vier andere Frauen übernehmen die Führung beim Urbarmachen von Brachland zum Getreideanbau. Das brachte unter den Arbeiterfamilien eine Kampagne in Gang, die landwirtschaftliche Produktion zu beginnen. Gemeinsam mit den Arbeitern bauten sie einfache Häuser in der Nähe des Ackerlands und nicht weit vom Ölfeld. Sie nennen die Siedlungen Arbeiter-Bauern-Dörfer.

Sie waren nicht selbstzufrieden und sahen ihre Errungenschaften im Licht der dialektischen Gesetzmäßigkeit "Eins teilt sich in zwei". Vertreter der Arbeiterfamilien von Datjing gingen mehrmals nach Dadschai, dem nationalen Schrittmacher in der Landwirtschaft, um dort Erfahrungen zu sammeln. Hsüeh Gui-fang sagte: "Wir müssen entschlossen dem Aufruf unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, folgen: 'Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai', und unser eigenes Dadschai rund um das Ölfeld erbauen".

Bitterer Kälte von 30 Grad unter Null trotzend (während des Frühlingsfestes 1971), führte sie einen weiblichen Arbeitstrupp beim Bau von Kanälen und bei der Aufbesserung des alkalischen Bodens. Da die Erde hartgefroren war, stellten sie Feuer auf, bevor sie einen 100 Meter langen Bewässerungskanal gruben. Im letzten Jahr gruben sie 450 Meter Kanäle und begradigten eine große Fläche Land. Der Getreideertrag pro Hektar lag um 47 Prozent über dem vorherigen Rekord.

Die Kampagne zur Errichtung von Bewässerungsanlagen und zur Verbesserung des alkalischen Bodens ermöglichte es Datjing, seine landwirtschaftlichen Produktionsziffern in großem Ausmaß zu erhöhen. Eine Anzahl von Produktionsbrigaden, die von den Frauen Datjings organisiert wurden, übertrafen den Pro-Hektar-Getreideertrag, der im nationalen Programm für landwirtschaftliche Entwicklung gesetzt war.

Zusätzlich zur landwirtschaftlichen Produktion und der Tätigkeit in Nebenproduktionszweigen errichteten die Frauen auch viele kleine Fabriken aus örtlichen Mitteln. Einige Frauen waren anfangs schüchtern. Sie sagten, daß sie nicht die Erziehung und Fähigkeit besäßen und befürchteten, daß die Fabriken nicht die Erwartungen erfüllen würden. Dann studierten sie die Lehre des Vorsitzenden Mao: "Die Zeiten haben sich geändert und heute sind Männer und Frauen gleich. Was männliche Genossen erreichen können, das können auch die weiblichen Genossen erreichen", und ihr Vertrauen stieg.

Indem sie sich auf ihre eigenen Kräfte verließen und schwer arbeiteten, bauten sie kleine Fabriken, in denen sie einheimische Verfahren anwandten. Mit Hilfe der Arbeiter baute eine Gruppe von Frauen eine kleine Fabrik und erzeugte genügend Dachpappe, um die Bedürfnisse zum Aufbau des Ölfelds zu decken. Eine Glühbirnenfabrik produziert jetzt eine Million Glühbirnen im Jahr. Durch Verarbeitung von Rückständen in gasförmiger, flüssiger und fester Form produzierten die Arbeiterfamilien Erdölnebenprodukte, Schrauben, Seife und pharmazeutische Artikel. Sie bauten auch Reparaturwerkstätten für Maschinen, enthülsen Reis, produzieren Wein, Liköre und Sojasoße und erzeugen Nahrungsmittel.

Diese kleinen Fabriken decken hauptsächlich die örtlichen Bedürfnisse. Aber nachdem die Produktion angewachsen war, wurden einige davon auch in den staatlichen Produktionsplan miteinbezogen.

In den vergangenen zehn Jahren haben die Frauen von Datjing die Werke des Vorsitzenden Mao eingehend studiert und allmählich ihr praktisches und ideologisches Bewußtsein gehoben. Hsüeh Gui-fang, früher Hausfrau, ist zu einem fortschrittlichen Kämpfer des Proletariats geworden und ist Mitglied des Parteikomitees des Ölfelds. Li Fa-lan, ein gebildetes junges Mädchen, hat beharrlich



gegen den Klassenfeind und die falschen Ideen gekämpft, seit sie im Jahre 1962 hierhergekommen ist. 1964 wurde sie in die Kommunistische Partei aufgenommen. Sie ist nun ein führendes Mitglied der Leitungsgruppe eines Siedlungszentrums, das zu einer fortschrittlichen Einheit geworden ist, dank der Anstrengungen, die sie und andere Genossen gemacht haben. Letztes Jahr bebauten sie 60 Hektar Getreide und erzielten dabei einen Durchschnittsertrag von 4,5 Tonnen pro Hektar.

Heute nehmen alle arbeitsfähigen Frauen in Datjing an der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion teil. Das fördert ihre ideologische Revolutionierung. 1700 von ihnen sind der Kommunistischen Partei beigetreten und 1500 dem kommunistischen Jugendverband. Frauenvertreter arbeiten auf den verschiedenen Ebenen des Revolutionskomitees. Die meisten der Arbeiter - Bauern-Dörfer werden von den Familienmitgliedern der Arbeiter und Kader geleitet.

Was sagt Felix Slavik, der Mann vom Wiener Rathaus?



Lehrbehelfe für Kanzleilehrlinge; Kostenersatz

Die Personalknappheit in manchen Berufszweigen bewog die Stadtverwaltung schon vor Jahren Kanzleilehrlinge einzustellen. Derzeit stehen rund 850 Kanzleilehrlinge in Ausbildung. Im Rahmen ihrer Ausbildung haben sie auch die kaufmännische Berufsschule zu besuchen. Für jedes Lehrjahr sind von den Kanzleilehrlingen die Lehrbehelfe zu erwerben. Die Anschaffungskosten für diese Lehrbehelfe sind nach Lehrjahren verschieden. Sie betragen derzeit im 1. Lehrjahr 289.80 Schilling, im 2. Lehrjahr 87.50 Schilling und im 3. Lehrjahr 126.60 Schilling.

Wie in den vergangenen Jahren wurde der Gemeinderatsausschuß I mit einem Antrag befaßt, wonach den Kanzleilehrlingen ein Teil der Anschaffungskosten der Lehrbehelfe ersetzt werden sollte. Der Beitrag der Stadtverwaltung zu den Anschaffungskosten der Lehrbehelfe wurde mit einem Betrag von 200 Schilling im 1. Lehrjahr, einem solchen von 50 Schilling im 2. Lehrjahr und einem solchen von 100 Schilling im 3. Lehrjahr festgesetzt.

Ein Ja zur Ausbeutung

Hier zeigt die "soziale Stadtverwaltung" ihre nackte Ausbeuterfratze. Denn hier wird ganz offiziell eingestanden, daß die "Personalknappheit", die einzig und allein in den hundsmiserablen Löhnen ihre Ursache hat, durch den Einsatz von Lehrlingen behoben wird.

Da die Differenz zwischen der "Lehrlingsentschädigung" und dem durchschnittlichen Gehalt eines Kanzleibeamten ca. S 2.000,— monatlich beträgt, erzielt die Rathausverwaltung pro Monat den netten Extraprofit von S 1,700.000,—. Wie die Enthüllungen der letzten Zeit beweisen, wird das Geld für andere Zwecke "benötigt"........ Trotz dieser dreijährigen Sonderbereicherung sind Slavik und Co. nicht einmal bereit, die Kosten für notwendige Lehrbehelfe zu ersetzen. Hier demonstriert die "soziale Gemeinde" ihre Auffassung von "Sparsamkeit". Für die breite Masse "kostendeckende" Tarife, für den Großteil ihrer Beschäftigten konkurrenzlos tiefe Löhne, dafür weltstädtische Geldgebarung zugunsten der Kapitalisten und diverser Protektionskinder.

Aber das ist kein Zufall, denn die Rede der Gewerkschaftsbonzen lautet immer und überall "ja-ja". Übrigens stammt der abgedruckte Artikel aus der Gewerkschaftszeitung. Bezeichnend!

Lehrlinge, darum: nicht resignieren, sondern sich zum Kampf organisieren.

Bonzen und andere Lügner

Das österreichische Volk wird zur Ader gelassen. Das Monopolkapital holt sich in einer Großoffensive gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen neue Superprofite. In dieser Situation muß in den Betrieben ein entschiedener Kampf für die Arbeiterinteressen geführt werden. In grossem Ausmaß wird aber dieser notwendige Kampf noch verhindert und Österreich ist ein Schulungsbeispiel der Kapitalisten der ganzen Welt, wie Arbeiter erfolgreich belogen und betrogen werden können. Das liegt an den Parteiführungen von SPÖ und "K"PÖ. Sie sichern, jede auf ihre Weise, die erfolgreiche Ausbeutungspolitik. Die Politik der SP-Führung orientiert sich ausschließlich nur mehr nach dem kapitalistischen Profitprinzip. Die Entwicklung dieser Leute von gut bezahlten Arbeiteraristokraten, die Handlanger der Kapitalspolitik waren, zu eigenständigen bürokratischen Kapitalisten, die kapitalistische Politik für ihren eigenen Sack machen, ist abgeschlossen. Denn als Manager der verstaatlichten Industrie und des Finanzkapitals üben sie über die wichtigsten Zweige der kapitalistischen Wirtschaft die Macht aus. Das entspricht der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus zur höchsten Stufe, der staatsmonopolistischen Form.

Die frühkapitalistische Form der Wirtschaft mit vielen kleinen und mittleren Unternehmungen steht absoluten Superprofiten im Weg. Planlose Konkurrenz und verstärkte Krisenanfälligkeit waren ein Hindernis dafür. Das Unvermögen der ÖVP, dieser Tendenz Rechnung zu tragen, war auch die Ursache dafür, daß die Monopolkapitalistischen Kreise kein Interesse mehr hatten, die Regierungsgeschäfte von dieser Partei erledigen zu lassen. Die Männer in der SP- Spitze hatten weit bessere Vorstellungen, wie der Kapitalismus zu Superprofiten kommt. Was lag also näher, als ihnen die Geschäftsführung in die Hand zu geben. Was Kreisky anläßlich der Wahlkampagne am 10. Jänner 1970 stolz erklärte:" Unter den aufgeschlossenen Führungskräften der Wirtschaft(!) findet die SPÖ einen erfreulichen und wachsenden Widerhall", liegt einzig und allein auf dieser Linie.

Moderne Ausbeutung erfordert moderne Methoden, und die soll im "modernen" Österreich, das Kreisky und sein Team schaffen wollen, durchgeführt werden. Dazu haben sich die rund 1.100 Monopolkapitalisten, die zusammen etwa die Hälfte des gesamten steuerpflichtigen Vermögens in Österreich besitzen, mit den Managern der verstaatlichten Industrie und des Finanzkapitals zu einer Allianz zusammengeschlossen.

Das große Plus bei der Durchführung der "modernen" Ausbeuterpolitik ist, daß durch die Gewerkschaftsführung, die dabei mitmacht, große Teile der arbeitenden Menschen an die Kandare genommen und vom Kampf abgehalten werden können. Das geschieht mittels Parolen wie " Sozialpartnerschaft ", "sozialer Friede", "soziale Demokratie" usw.

Um diesen Gedankengang in den Betrieben zu verkraften, bedienen sie sich willfähriger Bonzerln in den unteren Organisationen von Partei und Gewerkschaft. Diese halten die Arbeiter vom Kampf in den Betrieben ab. Das zu erkennen ist notwendig.

Die verstärkte Auflehnung gegen diese Politik unter den Werktätigen soll die "K"PÖ auffangen. Ihren revolutionären Phrasen sollen die Arbeiter auf den Leim gehen. In Wirklichkeit ist ihre "Mitbestimmung" das gleiche wie "Sozialpartnerschaft", ist ihr Kampf für Arbeiterinteressen ein Kampf um Positionen für ihre Bonzen. Denn in Betrieben, wo sie die Arbeiter "führen", kommt es auch nicht zu Kampfaktionen. Nicht weil es die Arbeiter so wollen, sondern weil sie in Wirklichkeit brav und treu die Gewerkschaftsführung unterstützen. Die Gewerkschaftsgelder, die in ihre Kasse fließen, sind auch ihnen wertvoller als die Vertretung von Arbeiterinteressen im Kampf.

Ihrem Wesen nach sind die "K"PÖ-Bonzen nicht anders als die SPÖ-Manager. Was sie unterscheidet ist, daß die einen die Macht schon haben, die anderen sie erreichen wollen. Was die "K"PÖ-Bonzen anstreben, sind die gleichen Verhältnisse wie in Rußland und anderen ehemals sozialistischen Volksdemokratien. In diesen Ländern existiert die höchste Form der kapitalistischen Entwicklung; der bürgerliche und staatsmonopolistische Kapitalismus.

Was sie hier an guten Rat und Beispielen, an " Strukturreformen " anpreisen, widerspricht überhaupt nicht den Vorstellungen der SPÖ- Bonzen. Wenn diese dann solche "Ratschläge" annehmen, freut sich die "KPÖ "-Führung darüber und preist die Erfolge ihres "konsequenten" Kampfes. Zugrunde liegt allem aber kapitalistische Denkungsart.

Man könnte lächeln und der "K"PÖ-Führung keinerlei Chancen einräumen, jemals die herrschende bürokratische SPÖ- Schicht von der Macht abzulösen. Dem ist aber nicht so. Denn die Hauptströmung in der Welt ist heute die Revolution. Man spürt das auch in Österreich. Und darauf spekulieren die K"PÖ"Bonzen, die diese Strömung für ihre Machtgelüste ausnützen wollen. Deshalb posaunen sie ununterbrochen revolutionäre Phrasen von Arbeitermacht, Sozialismus und Kommunismus aus. Was sie damit meinen, ist aber gerade das Gegenteil davon. Sie denken dabei an die Zustände im russischen Machtbereich.

Dort aber ist die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats auf die Spitze getrieben, dort herrscht totale materielle wie geistige Knechtschaft der Massen. Den demagogischen Ratschlägen der "K"PÖ- Führung auf den Leim zu gehen, heißt sich nur neuen Unterdrückern und Ausbeutern zu unterwerfen.

Die bewußten Arbeiter haben begonnen, Betrug und Verrat zu erkennen und zu entlarven. Dabei stützen sie sich auf den Marxismus - Leninismus und die Ideen Mao Tse tungs.